



Bericht zur Sondersitzung des Gemeinderates vom 24.08.2021

Bürgermeister Roman Waizenegger eröffnete die Sondersitzung mit einleitenden Worten darüber, warum diese notwendig geworden, wichtig und der vorliegende Beschlussvorschlag richtig ist.

Die Einführung von Bürgermeister Waizenegger im Wortlaut:

„Das Thema eines möglichen interkommunalen Gewerbegebiets hat, gerade in den Wochen nach der letzten Gemeinderatssitzung vom 20.07.2021, nochmals eine besondere Dynamik erfahren. Es ist ein Punkt erreicht, wo ich es für angebracht halte, dass die politisch Verantwortlichen ein klares Zeichen setzen müssen, um die Diskussionen wieder zu versachlichen.

Es hat sich eine Bürgerinitiative gegründet die seitdem u.a. Unterschriften gegen ein interkommunales Gewerbegebiet sammelt. Das gehört zu einem demokratischen Meinungsbildungsprozess ausdrücklich dazu.

Das ist auch nicht der Stein des Anstoßes für die heutige Sondersitzung, sondern der Umstand, dass innerhalb der Bürgerschaft teils keine sachliche Diskussion geführt wird und die Gemüter erhitzt sind. Dies liegt vor allem an Gerüchten, die mir selbst zu Ohren gekommen sind und bewusst von wenigen gezielt gestreut werden. Die sachliche Stellungnahme des Gemeinderates vom 01.06.2021 wird dabei leider inhaltlich wie thematisch übergangen. So stimmt es z.B. nicht, dass das interkommunale Gewerbegebiet bereits beschlossene Sache ist. Bisher wurde lediglich eine Absichtserklärung beschlossen, die die Ausweisung eines weiteren Gewerbegebiets für Bisingen erst ermöglicht. Es stimmt auch nicht, dass die Stadt Balingen allein bestimmen könnte, an wen Gewerbeflächen verkauft werden und ein Schlachthof gebaut wird. Abgesehen davon, bis es soweit ist, müssten erst einmal die Grundstücke erworben werden. Eine Entwicklung ist erst möglich, wenn die kleinen und großen Grundbesitzer ihre Grundstücke dann auch verkaufen. Der

Gipfel der Gerüchte besteht allerdings darin, dass bewusst gestreut wird, das Balingen spätestens in 10 Jahren Bisingen eingemeindet wird. Also das, gehört absolut ins Reich der Märchen. Aber genau diese Gerüchte sind es, die die Stimmung anheizen und das kann und darf so nicht unwidersprochen bleiben.

An oberster Stelle in einem Gemeinwesen steht der soziale Friede. Man kann für eine oder aber auch gegen eine Sache sein. Aber nur gemeinsam - bei allen inhaltlichen Differenzen mit dem größtmöglichen Schulterschluss zwischen Gemeinderat, Verwaltung und Bürgerschaft - kann man eine Kommune erfolgreich voranbringen. Das haben wir in den letzten Jahren gemeinsam gelebt und praktiziert. Bisingen ist eine aufstrebende und selbstbewusste Gemeinde. Damit dies bleibt, ist ein zügiges Handeln der politisch Verantwortlichen erforderlich, um die teils hitzigen Diskussionen wieder auf eine sachliche Ebene zurückzuführen.

Daher ist es notwendig, dass der Gemeinderat zu diesem Thema ein eindeutiges Zeichen setzt. Mit dem vorliegenden Beschluss wird die alleinige und ausschließliche Entscheidung, ob schlussendlich ein interkommunales Gewerbegebiet kommt oder nicht, in die Hand der Bürgerschaft gegeben. Zu dem Zeitpunkt wo die Fakten bzw. eine Vereinbarung mit sämtlichen Konditionen auf dem Tisch liegen, entscheiden einzig und allein die Bürger/innen von Bisingen. Unabhängig von einem Quorum!“

Im Anschluss übergaben zwei der drei Initiatoren der Bürgerinitiative, Herr Alexander Stauß und Herr Hans Pfister, die gesammelten Unterschriften Herrn Bürgermeister Waizenegger und betonten vor dem Gemeinderat, dass man bei künftigen Entscheidungen diese stets mitbedenken soll.

Top 1: Bürgerfragestunde

Ein Bürger fragt an, wie hoch der Anteil der Gewerbesteuer im Gebiet Bisingen-Nord ist.

Bürgermeister Waizenegger erläutert, dass man in 2021 mit 4 Mio. Euro Gewerbesteuer geplant hat und Stand heute, sogar mit etwas mehr als 4 Mio. Euro rechnet. Der Anteil eines bestimmten Gebietes ist hierbei nicht berücksichtigt. Die Verwaltung kann die entsprechenden Einnahmen jedoch erheben und kommunizieren. Unabhängig davon arbeiten derzeit ca. 550 Beschäftigte im Gewerbegebiet Bisingen-Nord. Dies hat die Verwaltung anhand einer Umfrage vor nicht allzu langer Zeit erhoben.

Weiter möchte der Bürger wissen, wie sich die geplante Dauer von 2-3 Jahren zusammensetzt. Dies ist, wie er denkt, nicht aus den Fingern gesogen. Er unterstellt, dass eine Agenda vorliegt. Ihn interessiert auch, welche Meilensteine es hier gibt.

Bürgermeister Waizenegger greift dem kommenden Tagesordnungspunkt vorweg bzw. auf eine vergangene Sitzung zurück, in der eine mögliche Agenda bereits aufgezeigt wurde. Zunächst ist es wichtig, dass sich alle möglichen Beteiligten in Sondierungsgespräche begeben. Hier gilt es vorab grundlegende Konditionen zu besprechen und Fakten zu klären. Es gibt bspw. mehrere Möglichkeiten ein IKG zu realisieren. Zum einen über einen Zweckverband, zum anderen über eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung. Ganz wichtig im

ersten Schritt ist zu eruieren, welche Kommunen sich an einem möglichen IKG überhaupt beteiligen wollen. Steht dies fest, geht es ans Eingemachte. Ebenso ist aus seiner Sicht ein agrarstrukturelles Gutachten zwingend erforderlich - nicht nur wegen und im Hinblick auf das mögliche IKG. Dabei wird es zu den genannten Themen immer wieder Informationen und Rücksprache mit der interessierten Bevölkerung geben. Das Verfahren wird transparent geführt. Sind alle Fakten geklärt bzw. auf dem Tisch, entscheiden schlussendlich allein die Bürgerinnen und Bürger von Bisingen über das mögliche IKG.

Der Bürger erkundigt sich weiter, wer dies alles verhandelt.

Bürgermeister Waizenegger erläutert, dass auf Seiten der Gemeinde Bisingen natürlich die Verwaltung und ein noch zu bestimmender Teil des Gemeinderates die Verhandlungen führen wird.

Eine Bürgerin teilt mit, dass anscheinend mehrere Personen an einer raschen Veräußerung ihrer Grundstücke interessiert sind. Sie möchte wissen, wo der Ankaufspreis liegt, ob dieser bei allen derselbe ist und hier bereits Gespräche geführt wurden.

Bürgermeister Waizenegger teilt mit, dass hier noch keine Grundstücksgespräche geführt wurden und diese zum jetzigen Zeitpunkt auch noch gar keinen Sinn machen. Unabhängig davon erhalten alle Grundbesitzer selbstverständlich denselben Preis. Dies ist auch bei der sog. Ostererweiterung des Gewerbegebiets Bisingen-Nord der Fall.

Ein Bürger nutzt die Bürgerfragestunde dazu, um drei Bemerkungen zu machen. Zum einen hat er sich hinsichtlich der Homepage über die „Klappläden“ aufgeregt. Zum zweiten ist die Schrift viel zu klein. Er kann hier nichts lesen. Und zum dritten gibt es nach seiner Ansicht zu viele Bilder von auswärts.

Bürgermeister Waizenegger klärt auf, dass die Homepage im Kern bereits für die hauptsächliche Nutzung durch mobile Endgeräte erstellt wurde. Immer weniger Menschen greifen darauf von einem normalen PC zu.

Eine Bürgerin interessiert sich noch dafür, ob es nicht bereits Simulationen gibt, wie sich das IKG optisch auswirkt.

Bürgermeister Waizenegger antwortet, dass dieser Gedanke schon sehr weit gegriffen ist. Momentan macht eine Simulation keinen Sinn. Es gibt noch keine Beschlusslage, die dies erforderlich und möglich macht. Noch sei nicht klar ob, bzw. in welchem Ausmaß überhaupt ein IKG realisiert werden soll.

TOP 2: Mögliches interkommunales Gewerbegebiet: Weiteres Vorgehen

Sachverhalt: Der Regionalverband Neckar-Alb (RVNA) ist dabei den Regionalplan fortzuschreiben. Er hat am 18.05.2021, in seiner Verbandsversammlung in Bodelshausen, die 5. Änderung des Regionalplans mehrheitlich beschlossen. Die Änderung liegt nun dem zuständigen Ministerium zur Genehmigung vor.

Die 5. Regionalplanänderung sieht vor allem eine Überarbeitung der „Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen“ vor.

Bisingen ist ein sog. regionalbedeutsamer Schwerpunkt für Industrie und Gewerbe.

Die Grundlage für die Fortschreibung ist eine Gewerbeflächenstudie, die der RVNA in den Jahren 2018 und 2019 durchgeführt hat.

Die Gemeinde Bisingen wird bei der 5. Änderung des Regionalplans Neckar-Alb 2013 mit zusätzlichen Gewerbeflächen im Umfang von ca. 38,5 ha eingeplant. Allerdings nur unter der Voraussetzung einer interkommunalen Zusammenarbeit. Der RVNA weist mit Blick auf das gesamte Verbandsgebiet darauf hin, dass weitere Gewerbeflächen für die Gemeinde Bisingen, heute wie in Zukunft, nur noch in Form einer interkommunalen Zusammenarbeit möglich sind.

Dem RVNA zufolge verfügt die Nachbarstadt Hechingen über genügend eigenes Entwicklungspotential. Sie wird daher bei der anstehenden Fortschreibung mit weiteren Gewerbeflächen (ca. 24 ha) berücksichtigt. Das Mittelzentrum Balingen kann dagegen den überörtlichen Bedarf an Gewerbeflächen selbst nicht mehr in vollem Umfang abdecken.

Damit die mögliche Gewerbeflächenenerweiterung auf Gemarkung Bisingen überhaupt erst Eingang in den Regionalplan findet, wurde vom Regierungspräsidium Tübingen ein sog. raumordnerischer Vertrag zwischen dem RVNA, der Gemeinde Bisingen und der Stadt Balingen verlangt.

Dieser raumordnerische Vertrag besagt im Wesentlichen:

- Die Erweiterung des Gewerbeschwerpunkts ist nur unter der Prämisse der interkommunalen Kooperation möglich.
- Die Kooperation zwischen der Gemeinde Bisingen und der Stadt Balingen ist dafür die zwingende Voraussetzung.
- Wenn die Kooperation nicht zustande kommt, wird die Regionalplanänderung im Bereich Bisingen-Nord nicht wirksam und die geplante Fläche steht dann für eine Siedlungsflächenentwicklung nicht zur Verfügung.
- Der interkommunale Gewerbeschwerpunkt ist flächenschonend und nachhaltig zu entwickeln.

Der raumordnerische Vertrag hat keinerlei Bindungswirkung dahingehend, dass ein mögliches interkommunales Gewerbegebiet umgesetzt wird bzw. werden muss. Er ist jedoch für das weitere Verfahren die zwingende Grundlage dafür.

Der Gemeinderat Bisingen hat am 20.04.2021 dem raumordnerischen Vertrag mehrheitlich zugestimmt. Er hat folgende, für die Gemeinde Bisingen nicht unwesentlichen wie wichtigen Voraussetzungen mitaufgenommen:

- Die Gemeinde Bisingen und die Stadt Balingen planen in Gespräche über eine gemeinsame interkommunale Weiterentwicklung des Gewerbeschwerpunkts Bisingen Nord einzusteigen.
- Interkommunale Gewerbegebiete sind ein Instrument, mit dem einem ungezügelter Flächenverbrauch entgegengewirkt werden kann und soll. Damit soll über

Gemeindegrenzen hinweg ermöglicht und vertraglich geregelt werden, dass nicht an beliebig vielen Orten der Region Gewerbegebiete entstehen. Stattdessen sollen an (infra-)strukturell besonders geeigneten Stellen gebündelte Schwerpunkte entstehen, während andernorts die Natur und die bestehende Flächennutzung geschont werden. Der jeweilige Aufwand und Ertrag sollen gerecht geteilt werden.

- Damit das interkommunale Gewerbegebiet Bisingen-Balingen diesen Zweck erfüllen kann, steht es weiteren Städten und Gemeinden im Zollernalbkreis zum Beitritt offen. Der Regionalverband Neckaralb wacht im Rahmen seiner Beurteilung von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen darüber und weist betroffene Städte und Gemeinden in geeigneter Weise darauf hin.
- Der Punkt, dass im weiteren Verfahren die Gründung eines Zweckverbands angestrebt werden soll, wurde ersatzlos gestrichen.
- Der Punkt, dass die interkommunale Gewerbefläche vorrangig entwickelt werden soll, wurde ersatzlos gestrichen.

Diesen Ergänzungen hat auch der Gemeinderat Balingen vorbehaltlos zugestimmt.

Mit der bisherigen Beschlussfassung des Gemeinderates wurde lediglich die Absicht für ein interkommunales Gewerbegebiet beschlossen. Es steht nicht fest, mit welchen Kommunen eine mögliche Entwicklung angestrebt wird, außer dass die Stadt Balingen mit dabei sein muss. Auch steht nicht fest, wie groß schlussendlich eine mögliche Entwicklungsfläche überhaupt sein kann und soll.

Die Wortbeiträge u.a. der Fraktionsvorsitzenden im Wortlaut:

Klaus Ertl (Freie Wähler Bisingen)

„Ich möchte auf 3 Dinge besonders eingehen.

Zum Ersten einmal auf den raumordnerischen Vertrag.

Sie können versichert sein, dass wir uns in den Fraktionen und im Gemeinderat eingehend mit dem Thema eines interkommunalen Gewerbegebietes befasst haben. Wir haben engagiert diskutiert und das für und wider immer wieder gegeneinander abgewogen. Dabei sind auch manchmal die Fetzen geflogen. Letztendlich hat sich aber bei uns die Meinung durchgesetzt, dass wir der Gemeinde insgesamt verpflichtet sind.

Wir haben als Gemeinderäte alle einen Eid geschworen, zum Wohle von Bisingen insgesamt zu arbeiten. Dazu gehört es nun einmal, nicht von vornherein dem Vorhaben eine Absage zu erteilen, sondern auszuloten, welche Vor- und Nachteile ein interkommunales Gewerbegebiet für Bisingen haben kann. Wir haben daher beschlossen, dass wir in Gespräche einzutreten bereit sind.

Dazu haben wir auch den raumordnerischen Vertrag entscheidend abgeändert. Wir haben den Passus, dass wir das Gebiet entwickeln wollen, in, dass wir in Gespräche einsteigen wollen, neu gefasst. Wir haben die Aussage, dass das Gebiet vorrangig zu entwickeln ist, gestrichen. Wir haben den Text, dass ein Zweckverband zu gründen ist, gestrichen. Wir haben das Gebiet für alle Interessenten für Gespräche offen gemacht. Letztendlich haben

wir mit dem raumordnerischen Vertrag gezeigt, dass wir gesprächsbereit sind – nicht mehr und nicht weniger.

Zum Zweiten will ich auf die Bürgerinitiative eingehen.

Selbstverständlich ist es das gute Recht jedes Einzelnen sich zu Planungen und Entwicklungen in der Gemeinde zu äußern. Und selbstverständlich ist es das Recht der Bürgerinnen und Bürger, sich zu Bürgerinitiativen zusammenzuschließen um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Aber, liebe Bürgerinnen und Bürger, dann muss man dabei aber auch bei der Wahrheit bleiben.

Wenn ich in der Presse vom 19.08.2021 lese „Wir stellen keine falschen Fakten dar“. Dann frage ich mich schon, was das Plakat soll „40 Hektar für Balingen - Nein Danke“. Ich kann mich nicht erinnern, jemals für einen Verkauf von auch nur einem Ar an Balingen gestimmt zu haben. Das Plakat ist kein Fakt, sondern reine Polemik. Außerdem finde ich es bedenklich, wenn man Gerüchte, wie „Dann kommt der Schlachthof nach Bisingen“ oder „Bisingen wird sowieso in 10 Jahren nach Balingen eingemeindet“ verbreitet.

Ich selbst wurde an der Haustüre um eine Unterschrift für die Liste gebeten. Als ich versuchte zu diskutieren, wurde mir gesagt: „Das ist doch alles schon beschlossene Sache“. Und das bei der Tatsache, dass wir noch nicht einmal ein einziges Wort verhandelt haben. Man nimmt das einfach nicht zur Kenntnis. Da fällt dir schlicht nichts mehr ein.

In einer anderen Diskussion wurde mir gesagt. „Aus der Sache kommt ihr sowieso nicht mehr heraus.“ Schaut euch doch einmal im Gemeinderat um. Hier sitzen lauter gestandene Frauen und Männer, die sich durchsetzen können. Ich will es mal auf schwäbisch sagen: „Wir sind auch nicht auf der Brennsuppe dahergeschwommen“.

Letztlich komme ich noch einmal auf die Presse vom 19.08. zurück. Da wird von der Initiative gesagt: „Wir sind gesprächsbereit, das ist gar kein Ding“. Die Wahrheit sieht aber anders aus: Seit Wochen liegt der Initiative schriftlich ein Angebot vor, sich mit dem Bürgermeister und den Fraktionsvorsitzenden an einen „Runden Tisch“ zu setzen und zu sprechen. Keine Reaktion von der Bürgerinitiative. Soviel zum Wahrheitsgehalt!

Zum Dritten und zum Schluss: Pakta sunt servanda = Verträge sind einzuhalten.

Verträge sind einzuhalten, ist das Prinzip der Vertragstreue. Es handelt sich um den wichtigsten Grundsatz des öffentlichen und privaten Vertragsrechtes. Der Grundsatz besagt, dass derjenige, der den Vertrag bricht, rechtswidrig handelt. Nun hat der Gemeinderat beschlossen und in einem raumordnerischen Vertrag festgelegt, dass er Gespräche aufnehmen will. Wenn nun die Bürgerinitiative fordert, die Gespräche sofort abzubrechen oder überhaupt keine Gespräche zu führen, so ist das in letzter Konsequenz eine Aufforderung zum Vertragsbruch. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Bürgerinitiative das bis zum Schluss durchgedacht hat. Ich bitte sie, dies doch einmal zu tun. Ein Vertragsbruch ist mit mir nicht zu machen! Ich glaube, auch nicht mit einer oder einem den hier anwesenden Gemeinderätinnen und Gemeinderäten.

Ich stimme daher der Verwaltungsvorlage, Gespräche zu führen und die Ergebnisse den Bürgerinnen und Bürgern zu einem Bürgerentscheid vorzulegen, ausdrücklich zu. So sei es.“

Gisela Birr (SPD)

„Dass ich gegen dieses Gewerbegebiet bin, ist kein Geheimnis und deswegen habe ich auch gegen diese Absichtserklärung gestimmt. Denn das Ziel ist ein Gewerbegebiet nichts anderes, auch wenn es interkommunal sein soll.

Selbstverständlich werde ich dem Beschlussvorschlag für einen Bürgerentscheid zustimmen, da ich in dieser weitreichenden Angelegenheit das Bürgervotum für richtig halte. Und natürlich haben wir alle einen Eid zum Wohle unserer Gemeinde geschworen. Aber wie bei allem im Leben gibt es unterschiedliche Sichtweisen. Was die einen für richtig halten ist für die anderen eben falsch.

Allerdings bin ich enttäuscht, dass für diese Befragung 2 bis 3 Jahre Vorbereitung gebraucht werden soll. Dies sei den Verhandlungen geschuldet. Jetzt gibt es eine Sondersitzung, um den sozialen Frieden in der Gemeinde nicht zu gefährden und ein zügiges Handeln erfordert. Aber 2 bis 3 Jahre sind kein zügiges Handeln.

Auch wenn erst verhandelt werden soll, kann es nicht sein, dass die Bürger von Bisingen so lange auf eine Entscheidung warten sollen. Auch für den Landwirt ist das eine Hängepartie, soll er weiter investieren oder wird ihm im Laufe der nächsten Jahre die Existenzgrundlage entzogen?

Ich kann nicht nachvollziehen, warum die Bürger nicht gleich entscheiden sollen. Nach den Informationen, die ich bekommen habe und das waren nicht wenige, geht es vielen Leuten nicht um die Verhandlungsergebnisse, sondern um den Erhalt dieser Fläche für die Landwirtschaft, um die Natur und dass nicht weiter Flächen in dieser Massivität versiegelt werden. Schon im April habe ich gesagt, dass diese Größenordnung etwa 55 Fußballfelder entspricht.

Wenn Umweltschutz wirklich ernst gemeint ist, dann müssen wir sowieso umdenken und auch die künftigen Gewerbeflächen nicht mehr in diesem Tempo veräußern und vor allen Dingen nicht in diesem Ausmaß. Dann können wir nicht weiter in die Breite gehen, dann muss eben in die Höhe oder auch mal eine Tiefgarage gebaut werden, statt riesiger Parkflächen. Das wird teurer, aber unsere Fläche ist endlich und sollte auch noch für kommende Generationen zur Verfügung stehen.

Ja, wir haben noch 25 ha in Bisingen Nord, die lt. Flächennutzungsplan für gewerbliche Flächen in Bisingen entwickelt werden können. Wir stehen nicht mit dem Rücken an der Wand. Und sollte dies in 30 Jahren nicht mehr reichen, dann sollen jene Generationen entscheiden, die dann am Ruder sind. Wir wissen nicht was kommt, ob es dies alles dann noch braucht oder nicht. Aber wir können doch nicht jetzt alles für die künftigen Generationen entscheiden.“

Dieter Fecker (CDU)

„Ich möchte mich bei Ihnen, Herr Bürgermeister Waizenegger, und bei meinen Kolleg:innen für die Sondersitzung bedanken. Ich bin froh, dass wir heute darüber abstimmen, wie es weitergeht. Dem Beschlussvorschlag werde ich vollumfänglich zustimmen.

Zuvor möchte ich aber erwähnen, dass durch dieses Thema langjährige Freundschaften gekündigt wurden und es zu persönlichen Anfeindungen gegen Ehepartner:innen und auch direkt gegen Gemeinderatsmitglieder gekommen ist. Das hat in meinen Augen nichts mit Demokratie und einem guten Umgang miteinander zu tun.

Über Sinn und Unsinn eines IKG möchte ich nicht weiter sprechen - dazu gibt es im Internet genügend Literatur.

Ob wir das mit Balingen im großen Stil machen, bezweifle ich persönlich. Ich möchte es aber nicht grundsätzlich ausschließen.

Wir sind verpflichtet die Gespräche mit Balingen und anderen Gemeinden zu führen und dann der Bevölkerung die Fakten und Möglichkeiten auf den Tisch zu legen um anschließend darüber abstimmen zu lassen.

Des Weiteren höre ich bei den Stimmen der Bevölkerung immer wieder „nicht mit Balingen“ - und ich habe volles Verständnis dafür, dass die wenigsten wollen, dass wir mit Balingen zusammen ein Gewerbegebiet entwickeln.

Wir sollten uns die Frage stellen, warum das die wenigsten wollen.

Die Stadt Balingen hat uns Jahrzehnte lang blockiert oder zumindest massiv versucht uns zu blockieren. Beispielsweise bei der Ansiedlung von LIDL, Aldi und Rossmann - um nur einige zu nennen. Auch Gewerbebetrieben wurde die Umsiedlung nach Bisingen verwehrt, bzw. sie wurde versucht zu verwehren. Und nun sollen wir mit Balingen ein IKG entwickeln?

Jetzt aber schon „nein“ zu sagen, ohne dass wir Fakten kennen wäre aus meiner Sicht absolut falsch.

Wir müssen zuerst mit Balingen und den anderen Gemeinden gemeinsam an einen Tisch sitzen um herauszufinden was für uns als Gemeinde Bisingen dabei herauskommt und aus unserer Sicht sinnvoll ist.

Wenn wir sehen, dass wir dadurch keinen großen Vorteil für unsere Gemeinde generieren können, und der Vorteil sollte sehr groß sein, dann lassen wir es!

Auf der anderen Seite müssen wir allerdings auch sichergehen, dass wir unseren einheimischen Gewerbebetrieben auch in Zukunft Flächen zur Verfügung stellen können - ansonsten zwingen wir diese mit den Arbeitsplätzen abzuwandern.

Außerdem benötigen wir auch dringend Wohnraum für die Mitarbeiter unserer ansässigen Firmen.

Des Öfteren höre ich auch „hätte man doch das Krankenhaus nach Bisingen gebaut“ - allerdings hatte Bisingen gegen Balingen und Albstadt nicht den Hauch einer Chance, um das Krankenhaus anzusiedeln. Wäre die Entscheidung jedoch für Bisingen ausgefallen wäre auch hier ein großer Teil der Fläche verbaut und betoniert worden.

Es sind nur ein paar Gedankengänge, die aus meiner Sicht wichtig sind um das Thema vollumfänglich zu betrachten.“

Konrad Flegr (Alternative Liste Bisingen)

„Vieles wurde bereits von den Vertreter*innen der anderen Fraktionen gesagt und muss nicht mehrfach wiederholt werden. Auch die Fraktion „Alternative Liste Bisingen“ begrüßt es, dass die Gemeindeverwaltung diese Sondersitzung einberufen hat und dass sie terminlich möglich geworden ist.

Das Thema „Interkommunales Gewerbegebiet“ (IKG) hat – wie zu erwarten war – die Gemüter in der Gemeinde erhitzt. Es ist eine Bürger*innen-Initiative entstanden, die sich gegen den Beschluss des Gemeinderates engagiert, in Gespräche über die Gründung eines IKG einzutreten. Das ist zunächst insoweit erfreulich, als es zeigt, dass die Demokratie in unserer Gemeinde funktioniert und sich unsere Einwohner*innen für ihre Anliegen auch einsetzen. Leider wird im Umfeld der Bürger*innen-Bewegung auch mit Unwahrheiten und Diffamierungen gearbeitet, was dem Frieden in der Gemeinde und einer sachgerechten politischen Arbeit nicht förderlich ist.

Verbunden mit dieser Sitzung ist daher die Hoffnung, dass einer Spaltung des Gemeinwesens vorgebeugt werden kann und die zu Recht geführten Diskussionen sich wieder an Fakten orientieren und an Sachlichkeit ausrichten. Herr Bürgermeister Waizenegger hat die relevanten Informationen dazu in seinen Eingangsworten treffend auf den Punkt gebracht.

Unsere Fraktion steht weiterhin und aus Überzeugung zum Gemeinderatsbeschluss, in Gespräche und Sondierungen über ein IKG einzutreten. Alles andere wäre töricht und käme der Haltung gleich, aus Voreingenommenheit Chancen erst gar nicht auszuloten und auf deren mögliche Verwirklichung zu untersuchen.

Es stimmt eben nicht, dass das IKG bereits beschlossene Sache ist und die Gemeinde Bisingen sich sklaven gleich den Interessen der Stadt Balingen unterordnet. Das Gegenteil ist der Fall. „Herr im Ring“ wird aufgrund der bestehenden baurechtlichen Gegebenheiten immer die Gemeinde Bisingen bleiben.

Das IKG aber bietet - wenn es Wirklichkeit werden kann - wesentliche Vorteile für die großräumige Flächenschonung und eine nachhaltige Bodenpolitik. Der Gemeinderat Bisingen hat dafür die Vorlage des „raumordnerischen Vertrags“ in wichtigen Punkten abgeändert. Die potenziellen Flächen des IKG werden nicht vorrangig belegt, sondern Bisingen kann seine ureigenen Interessen auch selbst auf eigenem Terrain verfolgen. Und das IKG steht allen interessierten Städten und Gemeinden offen, eben um das Ziel der gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit zur Flächenschonung zu ermöglichen. Und Bauvorhaben im eventuellen IKG müssen den geringstmöglichen Schaden für Menschen, Umwelt und Klima haben. Letztere beide Änderungen wurden von der Fraktion ALB eingebracht und finden sich inzwischen wortwörtlich in Stellungnahmen des Regionalverbands Neckar-Alb wieder.

Es stehen jetzt viele Gespräche und Sondierungen mit anderen Städten und Gemeinden an. Sollten sich die gesteckten Ziele, z.B. die Flächenschonung durch interkommunale Zusammenarbeit nicht erreichen lassen, können wir zu gegebener Zeit immer aus dem Prozess aussteigen. Dann ist das IKG Geschichte und Bisingen wird wie bisher mit eigenen genehmigten Flächen auskommen müssen und können.

Wie unsere Kolleg*innen der anderen Fraktionen begrüßen wir ausdrücklich, dass die letztliche Entscheidung für oder wider das IKG in einem Bürgerentscheid fallen soll. Ein demokratischeres Verfahren dafür gibt es nicht. Der Bürgerentscheid soll durchgeführt werden, wenn alle relevanten Fakten auf dem Tisch liegen. Dazu braucht es Gespräche und Sondierungen, und die brauchen Zeit. Anders als Gisela Birr meinen wir nicht, dass eine Entscheidung für oder wider ein potenzielles IKG übers Knie gebrochen werden kann. Die

Gespräche mit anderen Gemeinden bedingen auch Entscheidungsprozesse in den jeweiligen Gremien. Und die Entscheidung, ein IKG ins Auge zu fassen, betrifft mehrere nachfolgende Generationen. Sie kann nicht aus dem Handgelenk heraus erfolgen, wie die Entscheidung, ob eine Parkbank rot oder grün angemalt wird.

Wir lassen uns die Zeit, die der Prozess braucht und die wir benötigen. Und wir entscheiden – wenn wir schlauer geworden sind – nach bestem Wissen und Gewissen. Auf jeden Fall wollen wir auch die Bürger*innenschaft einbinden und den weiteren Prozess transparent gestalten. Ganz wichtig dabei ist uns das agrarstrukturelle Gutachten. Sollte das IKG realistisch werden können, müssen parallel dazu die Bedingungen und Erfordernisse der Landwirtschaft berücksichtigt und mitgeplant werden.“

Volker Büschgen (Freie Wähler Bisingen)

„Bei dem Thema interkommunales Gewerbegebiet erlebe ich gerade ein Déjà-vu. Damals vor ungefähr 20 Jahren, beim Thema Ortsumfahrung, wurde ebenfalls sehr hitzig diskutiert, teils gestritten. Auch damals wurden bewusst Gerüchte und Unwahrheiten gestreut. Daraus sollte man eigentlich gelernt haben und ich erwarte heute mehr Fairness von allen Beteiligten und keine Diffamierungen. In einer Demokratie gerade vor Ort, wo jeder jeden kennt, muss dies nicht sein. Ich fordere von jeder Seite das nötige Fairplay. Auch würde ich mir wünschen, dass nicht nur die Lauten, sondern auch die Leisen sich äußern. Die Gemeinde wird hier, im gemeinsamen Austausch, eine gute Lösung zu finden.“

Im Anschluss an die Aussprache fasste der Gemeinderat folgende einstimmige Beschlüsse:

- 1. Der Gemeinderat wird, wenn es zu einem Gesprächsergebnis bzw. einer Vereinbarung über ein mögliches interkommunales Gewerbegebiet kommt, diese in jedem Fall den Bürger/innen von Bisingen vorab zur Entscheidung (Bürgerentscheid) vorlegen.**
- 2. Der Gemeinderat wird sich das Bürgervotum zu eigen machen und entsprechend Beschluss fassen.**

TOP 3: Anfragen und Bekanntgaben

Bürgermeister Waizenegger teilt mit, dass die Gemeinde für die Generalsanierung des Schulersatzgebäudes im Zusammenhang mit dem Ausbau der Ganztagesbetreuung einen Zuschuss i.H.v. 335.000 Euro erhalten hat. Dies sind 70 % der kalkulierten Baukosten. Noch dieses Jahr wird mit der Sanierung begonnen.

Bürgermeister Waizenegger teilt weiter mit, dass der Landkreis mit dem Umbau des Knotenpunktes Steinhofen B27/B463 begonnen hat. Die Gemeinde war hier unterstützend tätig. Das Straßenbauamt hat schlussendlich einige Anregungen der Gemeinde wie z.B. die „Ausweichstrecke nach Haigerloch“ mitaufgenommen, um die Verkehrssituation während der Baumaßnahme besser zu entzerren. Auch die Zufahrt zum Geflügelhof Fecker aus Richtung Steinhofen konnte durch tatkräftige Unterstützung der Verwaltung bestmöglich geklärt werden.

Frau Birr fragt nach, wie der Sachstand beim Thema Luftfilter ist.

Bürgermeister Waizenegger teilt mit, dass die kommunizierten Geräte noch vor den Sommerferien bestellt wurden und rechtzeitig, Stand heute, vor dem Ende dieser geliefert werden.

Herr Ertl hat festgestellt, dass der Friedhof Bisingen derzeit nicht mehr vom Bauhof gemäht bzw. gepflegt wird und möchte wissen, ob dies nur vorübergehend der Fall ist, oder dauerhaft.

Bürgermeister Waizenegger erklärt, dass dies zunächst für den Rest des Jahres angedacht ist. Das diesjährige Wetter hat dazu geführt, dass die Wachstumsperiode eigentlich durchgehend verläuft und der Bauhof dadurch über die Maße eingebunden ist. Die beauftragte Firma Garten & Landschaftsbau Heidemann erledigt die Arbeiten auf den Friedhöfen Bisingen und Steinhofen aktuell zu unserer vollsten Zufriedenheit.